

Beruhigung beinhalten, sondern nur zu einer Konfliktverschiebung führen. Sie führen meist mit unerwarteter Heftigkeit zu einem explosionsartigen Höhepunkt. Problematisch dabei ist, dass die Protagonisten in fast zwanghafter Form dazu angetrieben werden, Streit zu suchen, weil ein Grundkonflikt nicht dort bearbeitet werden kann, wo er entstanden ist.

Als dritter Typus ist jener der institutionellen Eskalation zu nennen. Als Institution im weiteren Sinn fasse ich hier etwa auch ein Lokal oder eine Lokalmeile. Institutionelle Eskalationen entwickeln sich aus „ad-hoc“ und „verzögerten Eskalationen“: ein ursprünglicher Konflikt kann auf einer institutionellen Ebene (z.B. der Geschäftsführung) nicht gelöst werden, nach und nach werden immer mehr Personen, Gruppen und Institutionen in den Konflikt hineingezogen. Es kommt zu einer Konfliktausdehnung: die Anzahl der am Konflikt beteiligten Personen, der strittigen Themen, der ungeklärten Beziehungen und der in Frage kommenden Lösungsmöglichkeiten weiten sich aus. Dieser Typus ist deswegen gefährlich, weil der Konflikt „expandiert“ und häufig KonfliktstellvertreterInnen zu Opfern werden.

Die Unterscheidung dieser Typen ist deshalb wichtig, weil jeder Typus besondere Interventions- und Präventionsansätze erfordert. Die Identifikation des Eskalationstyps ist der erste wichtige Schritt. Erfahrungen zeigen, dass es sich bei den meisten Eskalationen um Mischformen handelt (wenngleich die meisten als ad-hoc-Eskalationen thematisiert werden). Ad-hoc-Eskalationen lassen sich nicht verhindern, jedoch können sich Einzelne und auch Institutionen darauf vorbereiten, um im Anlassfall deeskalierend handeln zu können.

Institutionelle Eskalationen sind erfahrungsgemäß am schwierigsten zu bearbeiten. Hier sind zum einen spontane, deeskalierende Interventionen und zum anderen möglicherweise mittelfristige Beratungen bzw. Interventionen notwendig. Wenn etwa Verantwortlichkeiten herumgeschoben werden, bedarf es zuerst der Erarbeitung eines ersten gemeinsamen Konfliktverständnisses aller Beteiligten und der Klärung einer gemeinsamen Vorgehensweise.

Mögliche Akteure

An Eskalationen im öffentlichen Raum können verschiedene Akteure beteiligt sein.

Anhand einer Übersicht lässt sich auch diskutieren, welchen Akteuren bei welchem Eskalationstyp welche Verantwortlichkeiten zukommen können. Die verschiedenen Akteure bringen unterschiedliche Interessen und Ressourcen ein.

Institution

Institutionen im oben beschriebenen Sinn können eine Arena für Ausschreitungen bilden. Außerdem ist zu fragen, inwiefern Dynamiken innerhalb der betreffenden Institution selbst zur Eskalation mit beitragen können.

Welche Bedingungen können mit verantwortlich dafür sein, dass es gerade an diesem Ort regelmäßig zu Auseinandersetzungen kommt? Welche (ungeschriebenen) Gesetze gelten dort? Welche Regeln gelten dort (nicht)?

Haben die Akteure innerhalb dieser Institution Konflikte untereinander, (wie) werden diese ausgetragen? Wie positionieren sich die Akteure innerhalb einer Institution gegenüber Gewalt?

Jugendliche/Jugendgruppen

Mit welchen (Jugend-)Szenen hat man es zu tun? Wo liegen die Konfliktlinien? Welche (jugend-)kulturellen Besonderheiten und Gruppendynamiken sind bekannt? Wie ist die Situation in den jeweiligen Stadtteilen, aus denen Gruppen kommen? Welche Rückschlüsse können aus deren Lebenssituationen gezogen werden?

Polizei

Polizei kann bei Ad-hoc-Eskalationen intervenieren und soll im Sinne des Opferschutzes sanktionierend eingreifen. Entscheidend für weitere Entwicklungen ist auch, wie diese Interventionen durchgeführt werden.

Polizeilicher Arbeit sind aber auch dort Grenzen gesetzt, wo es um die Bearbeitung verzögerter oder institutioneller Eskalationen geht.

Sozialarbeit

Sozialarbeit wird häufig gerufen, wenn man sich von ihr Beruhigung erwartet. Öffentliche Eskalationen verleihen präventiver Sozialarbeit oft jene politische Legitimation, um die sie in der alltäglichen Arbeit zwar weiß, aber ständig ringen muss. In diesem Spannungsverhältnis ist die genaue Auftragsklärung und die Vereinbarung von Verantwortlichkeiten wichtig. Wer ist wofür zuständig? Wo liegen die Grenzen sozialer Arbeit?

Kommunalpolitik

Werden Fragen der Gewaltprävention zum Spielball zwischen unterschiedlichen politischen Interessen (öffentliche Ordnung, Soziales, Raumplanung, Wohnen, ...)? Wird anderen politischen Akteuren ein (Teil-)Erfolg zugebilligt? Kann die politische Vorgehensweise zwischen den betreffenden PolitikerInnen abgestimmt werden? Welche Arbeitsschritte werden öffentlich gemacht, welche nicht?

Medien

Medien berichten nicht nur über Gewalt, sondern tragen ihr Interesse nach immer „heißeren“ Berichten in die Dynamik hinein. In dieser Konkurrenz um „bad news“ tragen Medien häufig zur weiteren Eskalation bei. Gleichzeitig ist das Berichten über Gewalt im öffentlichen Raum wichtig und von öffentlichem Interesse. In dieser Ambivalenz sollte von den Beteiligten eine akkordierte Vorgehensweise entwickelt werden, um einerseits weitere Eskalation zu vermeiden und andererseits dem öffentlichen Interesse nach Berichterstattung gerecht zu werden.

Die hier skizzierten Differenzierungen machen konkrete Vorfälle auf den ersten Blick noch komplizierter und damit noch weniger „handhabbar“, was für die Beteiligten (und auch beratende Organisationen) anfangs eine zusätzliche Belastung bedeuten kann. Jedoch stellen sie notwendige komplexe Analyserahmen dar, aus welchem dann für den spezifischen Anlassfall adäquate Interventions- und Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden können. Die strafrechtliche Verfolgung konkreter Gewalttaten ist ein wichtiger Teil davon.